

## **BLITZ-BRIEFING:**

# **REFORM DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTES**

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden, 28. April 2023

### **I. Sachverhalt**

Die Europäische Kommission (KOM) hat am 26. April ihren Gesetzentwurf zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) vorgelegt. Während die Kriterien zum jährlichen Defizit (3 %) und zum Schuldenstand (60 %) unverändert beibehalten werden sollen, ist für den Umgang mit Regelverstößen eine Neugestaltung geplant. Bisher ist im Regelwerk eine verbindliche Rückführung überhöhter Schuldenstände vorgesehen. Künftig sollen Höhe und Zeitraum der Rückführung überhöhter Schuldenstände zwischen der KOM und den Mitgliedstaaten individuell verhandelt werden. Grundlage dafür sollen länderspezifische Schuldentragfähigkeitsanalysen bilden.

Angestrebt wird eine abschließende Einigung bis spätestens Jahresende. Ohne diese würden im kommenden Jahr die wegen der Corona-Pandemie ausgesetzten bisherigen Regelungen wieder gelten.

### **II. Unsere Position**

Die derzeit geltenden EU-Fiskalregeln sind reformbedürftig. Wir haben bereits mit unserem Antrag im vergangenen Jahr konkrete Vorschläge für einen effektiveren SWP gemacht. Anders als von der KOM vorgeschlagen, fordern wir klare, verbindliche und einheitlich geltende Verschuldungsregeln. Sanktionen müssen bei Regelverstößen automatisch erfolgen. Der von der KOM vorgelegte Gesetzentwurf öffnet die Tür für politische Deals, die bei jeder Regierungsbildung wieder angepasst werden können. Im Ergebnis überwiegen die negativen Punkte klar die wenigen positiven Aspekte des KOM-Vorschlages wie die Beibehaltung der 3 %- und 60 %-Kriterien.

Die deutsche Verhandlungsposition wird bereits seit Monaten durch widersprüchliche Statements aus den Reihen der Ampel-Fraktionen geschwächt. Während das Bundesfinanzministerium die KOM-Vorschläge als zu lasch kritisiert, wollen die Grünen die Verschuldungsregeln noch weiter abschwächen als es die KOM vorschlägt. Nach dem Vorbild des Kanzlers schweigt die SPD und steht am Spielfeldrand. Allen Kernforderungen des Finanzministers erteilt die KOM eine Absage.

### **III. Sprachregelung**

Die Europäische Kommission schlägt eine Aushöhlung der europäischen Fiskalregeln vor. Statt mehr Verbindlichkeit drohen lange Diskussionen mit einzelnen Mitgliedstaaten und faule politische Kompromisse statt echter Haushaltsdisziplin. Statt einer besseren Durchsetzung der Schuldenregeln werden die Sanktionsmöglichkeiten reduziert. Damit lassen sich in der Europäischen Union keine soliden Finanzen erreichen. Diese sind aber entscheidend für die Stabilität und Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten.

Die Bundesregierung hat das Thema aus Uneinigkeit über Monate verschleppt, während in Brüssel schon konkrete Vorschläge diskutiert worden sind. Sie hat es bislang auch versäumt, genügend Verbündete im Rat für einen klar stabilitätsorientierten Kurs zu gewinnen. Umso mehr muss sie bei den jetzt anstehenden Verhandlungen in Brüssel hart bleiben und sich entschlossen einer Aufweichung der EU-Schuldenregeln entgegenstellen.

Hashtag: #StabiPakt

**Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an [blitzbriefing@cducsu.de](mailto:blitzbriefing@cducsu.de).**